

In wie viele verschiedene Länder sollten sich die USA einmischen?

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Wie viele Länder sollte die Regierung der Vereinigten Staaten simultan versuchen, zu reformieren, zu modifizieren oder anderweitig zu verbessern? Wie viele verschiedene ausländische Regierungen sollte unsere Regierung bewaffnen, finanzieren und stützen? Und in wie vielen Ländern sollten wir die Opposition der jeweiligen Regierungen finanzieren und ihnen Hilfen zukommen lassen oder uns anderweitig in ihre Innenpolitik involvieren? Ist es klug oder überhaupt möglich, dass die US-Regierung simultan positive Veränderungen innerhalb der Grenzen des Iran, Syriens, Russlands, Chinas, Venezuelas, Kubas, Afghanistans und einer beliebigen Anzahl anderer Länder bewirkt, die mit großer Regelmäßigkeit als neue Objekte des politischen und medialen Interesses der USA auftauchen? Die US-Regierung ist ganz offensichtlich nicht in der Lage, das Leben ihrer eigenen Bürger substantiell zu verbessern und ihre Freiheit - unsere Freiheit - vor einer unaufhaltsamen Erosion zu bewahren. Warum sollte man glauben, dass dieselbe Regierung, die so kläglich und verlässlich bei der Durchsetzung auch nur grundlegender Verbesserungen im eigenen Land versagt, in der Lage sei, zu entscheiden, welche Länder bessere Regierungen bräuchten? Und anschließend diese Staaten zu sanieren und ihren Bürgern zu mehr Freiheit und Wohlstand zu verhelfen. Und warum glaubt irgendjemand vernünftigerweise, dass es die Aufgabe der US-Regierung sei, die Politik und Kultur fremder Länder zu verändern? Eine sinnvolle Art und Weise, Ihre Steuergelder zu verwenden, wäre, wie zu erwarten, die Verbesserung Ihres Lebens und Ihrer Gesellschaft und nicht derjenigen der Weltbevölkerung.

Die meisten Amerikaner glauben nicht, dass dies die adäquate Aufgabe der US-Regierung sei. Und diese ablehnende Haltung ist seit Jahrzehnten mehr oder weniger konstant geblieben, wie diese Umfrage von 2013 zeigt. Zitat: "Nur sehr wenige Wähler sind der Meinung, dass die Vereinigten Staaten die Verantwortung für die Sicherung von Frieden und Demokratie in der Welt übernehmen sollten - eine Ansicht, die sich im Laufe der Jahre kaum geändert hat." Eine neue landesweite Telefonumfrage von Rasmussen Reports zeigt, dass nur 11 % der

Wähler der Meinung sind, die Vereinigten Staaten sollten den Weltpolizisten spielen. Praktisch unverändert gegenüber den Ergebnissen von 2011 und 2009. 72 % sind nicht der Meinung, dass dies die Rolle der USA sei, während 17 % sich nicht sicher sind.

Dass die US-Regierung nicht als Weltpolizist auftreten sollte und stattdessen vorrangig die umfangreichen Probleme ihrer eigenen Bürger angehen sollte, bevor Zeit und Ressourcen dafür aufgewendet werden, andere Länder zu regulieren, ist - zumindest im Prinzip - seit Jahren Konsens. Wir scheinen auf unerklärliche Weise in diesem sich wiederholenden und scheinbar unentzerrbaren Kreislauf gefangen zu sein, in dem große Mehrheiten der Amerikaner grundsätzlich darin übereinstimmen, dass die USA nicht der Weltpolizist sein sollten und dass wir daher unsere Versuche, Regierungen in der ganzen Welt zu korrigieren und zu verändern, deutlich einschränken sollten. Gleichzeitig findet die US-Regierung immer wieder Wege, ihre Bevölkerung dazu zu bringen, jeden ihrer neuesten Vorschläge zur Intervention in anderen Ländern zu unterstützen. Man begegnet jederzeit Politikern beider Parteien und ihren Anhängern, die auf Interventionen in zahlreichen anderen Ländern drängen, um die Art und Weise der Regierungsführung in diesem Land - und oft auch in anderen Ländern - zu verbessern, zu verändern oder zu destabilisieren.

Irgendwie haben der politische Diskurs und die Propaganda die Amerikaner in jedem dieser Fälle zur Unterstützung genau der Maßnahmen bewegt, die sie im Prinzip ständig ablehnen. Die Medien und die politische Klasse in Washington scheinen sich im Moment einig zu sein, dass die USA in einer oder anderen Form versuchen sollten, in eine Vielzahl von Ländern zu intervenieren und sie zu reformieren, indem entweder die Gegner dieser Regierungen gestärkt oder sie zu einer Veränderung der Politik gezwungen werden. Vom Iran und Russland über Kuba und China bis hin zu Venezuela und Katar. All das geschieht unabhängig von den umfangreichen Militärhilfen, Waffen, Überwachungstechnologien und geheimen pro-demokratischen Operationen, die die USA in die verschiedensten Länder auf der ganzen Welt senden und dort einsetzen. Beispielsweise entsenden sie Dutzende von Milliarden Dollar, vermutlich sogar Hunderte von Milliarden Dollar, in die Ukraine. Die Überweisung großer Summen von US-Steuergeldern in Milliardenhöhe nach Saudi-Arabien, Afghanistan, Israel, Jordanien, Ägypten, Kolumbien, Nigeria und viele andere. Die Aufrechterhaltung ausgedehnter, permanenter Militärbasen in Deutschland, Südkorea und Katar und vielen anderen Ländern auf allen Kontinenten der Erde. Und ganz nebenbei bombardiert die US-Regierung nach wie vor willkürlich die verschiedensten Länder, mit denen sich die USA nicht einmal offiziell im Krieg befinden. Somalia, Jemen, Pakistan, Afghanistan, Syrien, Irak, usw. Es gibt kein anderes Land auf der Welt, das auch nur annähernd so massiv in andere Länder interveniert. Das ist Tatsache, und zwar schon seit Jahrzehnten, spätestens seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Übrigens das einzige Land in der Geschichte, das mit den USA konkurrieren konnte, wenn es um die Ausdehnung des Einflusses auf mehrere andere Länder geht.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass die durch diese vielschichtige und scheinbar endlose Intervention in anderen Ländern aufkommenden Bedenken absolut nichts mit der Frage zu tun haben, ob die Regierungen, die die USA zu stürzen, zu ersetzen, zu destabilisieren oder zu reformieren versuchen, gut oder schlecht sind. Praktisch jede Regierung der Welt hat repressive und despotische Züge. Dazu gehören ganz sicher auch die Vereinigten Staaten selbst. Und wie es mindestens seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs der Fall ist, sind einige der engsten Verbündeten und Kooperationspartner der US-Regierung einige der brutalsten Tyrannen der Welt, wie die derzeitigen Regime in Saudi-Arabien, Ägypten, Katar, Indonesien und auf den Philippinen. Der Einmarsch in den Irak im Jahr 2003 veranschaulicht diesen Punkt besonders anschaulich. Im Jahr 2002 und Anfang 2003, als über den Kriegseintritt gegen den Irak debattiert wurde, zweifelte praktisch niemand an der Despotie von Saddam Hussein und seiner Regierung. Das galt bereits, als die US-Regierung ein enger Verbündeter Saddams war, und es galt, als die USA beschlossen, Saddam als Feind zu betrachten. Und bis zum heutigen Tag zweifelt kaum jemand daran, dass Saddam ein abscheulicher Despot war. Das wird nicht in Frage gestellt. Dennoch halten Millionen von Amerikanern, die den Krieg 2003 unterstützt haben, ihn heute für einen Fehler, wie diese Umfrageergebnisse zeigen. Trotz der Tatsache, dass Saddam Hussein gestürzt wurde und sich das Regime im Irak geändert hat. Wie Sie diesen beiden Gallup-Umfragen entnehmen können, hat sich die Zahl der Amerikaner, die den Krieg im Irak als Fehler ansehen, ein Jahrzehnt nach der Invasion mehr als verdoppelt. Das liegt nicht daran, dass diese Amerikaner ihre Meinung geändert haben und nicht mehr glauben, dass Hussein ein repressiver Verbrecher war. Vielmehr liegt es an der Einsicht, dass trotz der unbestreitbaren Brutalität Saddams die Ausgabe von Hunderten von Milliarden Dollar, der Verlust von Tausenden amerikanischer Leben und der Tod von vielen Hunderttausenden unschuldiger Iraker zumindest nicht die Aufgabe, nicht der angemessene Raum für die Vereinigten Staaten war. Diese Amerikaner, die ihre Meinung änderten, haben eingesehen, dass die USA nicht in der Lage sind, komplexe Länder auf der anderen Seite der Welt zu revolutionieren und zu verbessern, deren Kultur, Geschichte, Religion und Konflikte viel zu komplex sind, als dass die Funktionäre des Außenministeriums sie verstehen, geschweige denn regieren könnten. Selbst wenn die Verbesserung dieser fremden Länder das eigentliche Motiv für einen Krieg oder eine andere Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten ist. Eine höchst zweifelhafte Behauptung.

Keine dieser Debatten ist auch nur annähernd neu. Im Jahr 1917, also vor mehr als 100 Jahren, führte der erhebliche Widerstand in den USA gegen den Wunsch von Woodrow Wilson, die USA in den Ersten Weltkrieg einzubeziehen, der in erster Linie, aber nicht ausschließlich, von der Linken ausging, zur Verabschiedung repressiver Gesetze wie dem Espionage Act von 1917, der auch heute noch als bevorzugtes Gesetz zur Verfolgung von Whistleblowern wie Julian Assange und Edward Snowden verwendet wird. Dies führte auch zur umfassenden Verfolgung von Kriegsgegnern wie dem Anti-Kriegs-Sozialisten Eugene Debs. Das liegt daran, dass Woodrow Wilson Antikriegsopposition und Dissens als ernsthafte Bedrohung ansah. Ein ähnlicher Widerstand formierte sich als Reaktion auf Franklin

Roosevelts offenkundigen Willen, die USA in den Zweiten Weltkrieg zu involvieren. Die Opposition kam damals vor allem, aber nicht ausschließlich, von den amerikanischen Rechten. In beiden Fällen wurde die Opposition des Krieges mit dem Argument begründet, dass die USA kein Recht hätten, das Leben ihrer Bürger und ihre Reichtümer für Kriege auf der anderen Seite der Welt zu riskieren, die keine direkte Bedrohung für die Grenzen der Vereinigten Staaten darstellen.

Aus diesem Grund bedurfte es Pearl Harbour, um möglichst viele Amerikaner zur Unterstützung des Zweiten Weltkriegs zu bewegen. Denn so gab es zumindest einen plausiblen Grund zur Annahme, der Krieg könne auch die Küsten der USA erreichen. Aber selbst mit Pearl Harbour waren die Gründe für den Eintritt der USA in einen der beiden Weltkriege für viele Millionen Amerikaner alles andere als offensichtlich, denn sie glaubten vernünftigerweise - auch wenn man eventuell nicht derselben Meinung ist - an den Grundsatz, dass sich die USA nicht in die Kriege anderer Länder einmischen sollten, geschweige denn in innenpolitische Angelegenheiten, sofern dies nicht zur Gewährleistung der Sicherheit der amerikanischen Bürger unmittelbar erforderlich ist. Aber im Rausch des Sieges der beiden Weltkriege nahmen die USA fast unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs eine Haltung des endlosen Krieges ein. Damals wurden der US-Sicherheitsstaat und später die CIA und die NSA gegründet. Das Nationale Sicherheitsgesetz von 1947, das nur zwei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs in Kraft trat, veränderte das Wesen der US-Regierung radikal. Es schuf einen Dauerzustand, eine Geheimdienst- und Sicherheitsbürokratie, die außerhalb der Strukturen demokratischer Rechenschaftspflicht und Transparenz völlig im Dunkeln operierte. Und wie viele zum Zeitpunkt ihrer Einführung vorausgesagt hatten, wurde sie schließlich nicht nur zur Intervention in interne Angelegenheiten von Dutzenden anderer Länder genutzt, sondern auch gleichzeitig gegen das amerikanische Volk gerichtet, wo sie bis heute besteht.

Der Held des Zweiten Weltkriegs, der 1952 gewählte Fünf-Sterne-General Dwight Eisenhower, war der Präsident, der den massiven Ausbau des geheimen Sicherheitsstaates beaufsichtigte. Eisenhower war gewiss kein Pazifist. Er glaubte an die Notwendigkeit, dass die USA das mächtigste und teuerste Militär der Welt unterhalten sollten. Dennoch versuchte er häufig, oft erfolglos, die unkontrollierte Explosion der Militärausgaben zumindest zu begrenzen und der zunehmenden verdeckten Geheimdiensttätigkeit einige Sicherheitsvorkehrungen und Kontrollen aufzuerlegen. Vieles wurde ihm oft vorenthalten, wie er im Nachhinein verärgert feststellen musste. Nach zwei Amtszeiten als Präsident, also acht vollen Jahren, hielt Eisenhower 1961 zur besten Sendezeit seine Abschiedsrede an die Nation. Er war kein Mann vieler Worte, und er hatte nicht viel Zeit. Seine Rede war weniger als 10 Minuten lang. Aber er beschloss, diese kurze Zeit zu nutzen, um die Amerikaner vor den schwerwiegenden Bedrohungen für ihre Demokratie, für die nationale Identität Amerikas als Republik und für die Aussicht auf einen dauerhaften Frieden zu warnen, die durch das entstehen, was man heute bekannt bezeichnet als, Zitat: "den ungerechtfertigten Einfluss des militärisch-industriellen Komplexes". Viele Menschen kennen diesen Begriff und seine

Ursprünge, aber es lohnt sich trotzdem, sich den Kern von Eisenhowers Warnungen noch einmal vor Augen zu führen. Und dabei zu überlegen, inwieweit er auf die heutigen Debatten hinsichtlich der Frage zutrifft, welche Rolle die USA in den innenpolitischen Konflikten ausländischer Regierungen auf der anderen Seite der Welt spielen sollten, wenn überhaupt.

Dwight Eisenhower (DE): Wir sahen uns gezwungen, eine konstante Rüstungsindustrie enormen Ausmaßes zu schaffen. Zu diesem Zweck sind dreieinhalb Millionen Männer und Frauen direkt im Verteidigungsapparat beschäftigt. Wir geben jährlich allein für die militärische Sicherheit mehr aus als das Nettoeinkommen aller US-Konzerne. Diese Verbindung eines immensen Militärapparats mit einer großen Rüstungsindustrie ist neu in der amerikanischen Geschichte. Der gesamte Einfluss, wirtschaftlich, politisch und sogar spirituell, ist in jeder Stadt, in jedem Bundesstaat und in jedem Amt der Bundesregierung zu spüren. Wir erkennen die zwingende Notwendigkeit dieser Entwicklung an. Dennoch dürfen wir ihre schwerwiegenden Auswirkungen nicht übersehen. Es geht um unsere Arbeit, unsere Ressourcen und unseren Lebensunterhalt. Das gilt auch für die Struktur unserer Gesellschaft. In den Regierungsgremien müssen wir uns davor hüten, dass der militärisch-industrielle Komplex ungerechtfertigten Einfluss erlangt, sei es gewollt oder ungewollt. Das Potenzial für den verhängnisvollen Aufschwung fehlgeleiteter Macht besteht und wird fortbestehen. Wir dürfen niemals zulassen, dass das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährdet. Wir sollten nichts als selbstverständlich ansehen. Nur eine aufmerksame und sachkundige Bürgerschaft kann das richtige Ineinandergreifen der riesigen industriellen und militärischen Verteidigungsmaschinerie mit unseren friedlichen Methoden und Zielen erzwingen, damit Sicherheit und Freiheit gemeinsam gedeihen können.

GG: Wohlgemerkt, in diesem Clip wird nicht nur die Wahrscheinlichkeit betont, dass dieser militärisch-industrielle Komplex zu einem Krieg führen kann, sondern auch der Schaden, der den amerikanischen Bürgern im Inland droht. Und obwohl dieser Ausschnitt recht bekannt ist, wurde er, als ich ihn 2020 auf Twitter gepostet habe, aus Gründen, auf die ich gleich noch eingehen werde, vom damaligen Präsidenten Trump aufgenommen und retweetet. Ein zweiter, weniger bekannter Auszug aus Eisenhowers Rede handelt von der dringenden Notwendigkeit, in der US-Außenpolitik einen respektvollen Dialog über machtgeleitete Konflikte und Einmischung zu stellen.

DE: Wir müssen gemeinsam lernen, Differenzen nicht mit Waffen, sondern mit Verstand und Anstand auszutragen. Da diese Notwendigkeit so deutlich und offensichtlich erscheint, gestehe ich, dass ich meine offiziellen Aufgaben in diesem Bereich mit einem deutlichen Gefühl der Enttäuschung niedergelegt habe. Als jemand, der den Schrecken und die anhaltende Traurigkeit des Krieges erlebt hat. Als jemand, der weiß, dass ein weiterer Krieg diese Zivilisation, die über Tausende von Jahren so langsam und mühsam aufgebaut wurde, völlig zerstören könnte. Ich wünschte, ich könnte heute Abend sagen, dass ein dauerhafter Frieden in Sicht ist. Erfreulicherweise kann ich sagen, dass ein Krieg vermieden werden konnte. Wir haben kontinuierliche Fortschritte erzielt, aber es bleibt noch viel zu erreichen.

Als Privatperson werde ich nie aufhören, das mir Mögliche zu unternehmen, um die Welt in diesem Prozess voranzubringen.

GG: Noch eine Anmerkung zu diesem Clip. Stellen Sie sich vor, wie Eisenhower auf die Realität der letzten neun Monate reagiert hätte, in denen jeder, der Diplomatie als Mittel zur Beendigung des außerordentlich gefährlichen Krieges zwischen Russland und der Ukraine vorschlug- wobei die USA als Stellvertreter fungierten- als eine Art Verräter verurteilt wurde. Diplomatie zur Vermeidung eines Krieges war eines der wichtigsten Anliegen Eisenhowers. Die Dominanz der kriegslüsternen Neocons in der Bush-Cheney-Regierung hat viele vergessen lassen, dass die Opposition der US-Interventionen in anderen Ländern seit langem eine wachsende Strömung der amerikanischen Rechten ausmacht. In der Tat ist vielen entfallen, dass George W. Bushs primäre außenpolitische Kritik an Bill Clinton und Bushs Gegner bei den Wahlen 2000, Clintons Vizepräsident Al Gore, in der Außenpolitik Clintons bestand, der mit der notorisch kriegslüsternen Madeleine Albright an seiner Seite Jugoslawien reformieren versuchte und dabei nicht genügend "Demut" an den Tag legte. Das war das Argument von Bush. Und dass Gores Vizepräsidentschaftskandidat, der demokratische Senator Joe Lieberman, ein Neokonservativer im klassischen Sinne dieses Begriffs war, unterstrich diesen Gegensatz nur noch. George Bush kandidierte nicht mit dem Versprechen, stärker in fremde Länder einzudringen, sondern, wie dieser erstaunliche Ausschnitt aus seiner außenpolitischen Debatte mit Al Gore aus dem Jahr 2000 zeigt, mit weniger.

George W. Bush: Ich bin mir nicht sicher, ob es die Aufgabe der USA ist, weltweit vorzuschreiben, wie bestimmte Dinge geschehen müssen. Wir können beispielsweise in Sicherheitsfragen zusammenarbeiten, aber die Entscheidung liegt bei ihnen [den Ländern]. Ich bin mir also nicht ganz sicher, was der Vizepräsident meint, aber meiner Meinung nach besteht die Möglichkeit, als "der hässliche Amerikaner" angesehen zu werden, indem wir in die Welt gehen und sagen: "Wir machen es auf diese Weise. So solltet ihr es auch tun." Ich denke, dass die Vereinigten Staaten bescheiden und gleichzeitig stolz und selbstbewusst auf unsere Werte sein sollten, aber bescheiden bezüglich unserer Umgehensweise mit anderen Nationen, die ihren eigenen Weg gehen werden.

GG: Natürlich haben die Anschläge vom 11. September die vorherrschenden Rahmenbedingungen verändert. Und man könnte durchaus argumentieren, dass Bushs Verteidigung einer bescheideneren Außenpolitik, die weniger Einmischung der US-Regierung in andere Länder und das Diktieren von Werten beinhaltete, unaufrechtig und nur ein leeres Wahlkampfversprechen war. Aber ob aufrechtig oder nicht, die Tatsache, dass Bush diese Ansichten zu einem Kernstück seiner siegreichen Präsidentschaftskampagne machte, war ein Beweis dafür, dass ein großer Teil der amerikanischen Wählerschaft diese Ansichten bereits im Jahr 2000 teilte. Die wachsende Wut der Rechten über den Versuch der US-Wertpapierindustrie, mehrere Länder auf der ganzen Welt zu dominieren, wodurch

natürlich auch Unsummen von Geldern an Waffenhersteller fließen - der industrielle Teil von Eisenhowers Warnung - ist auch der Grund für den unerwarteten Erfolg von Ron Pauls Präsidentschaftskandidatur 2008 und 2012. Nur fünf Jahre nach dem Einmarsch in den Irak ging der Kongressabgeordnete Ron Paul im Rahmen der GOP-Vorwahlen [Grand Old Party-Republikanische Partei] in sehr konservative Gemeinden in Iowa und South Carolina mit einer Botschaft, die in der GOP-Politik nach dem 11. September undenkbar gewesen war. Kongressabgeordneter Paul prangerte vehement die Haltung der Neocons an, die die Interessen der amerikanischen Bürger auf dem Altar anderer Länder opferten. Er verurteilte die Kriege von Bush und Cheney aufs Schärfste und nahm allgemein vorweg, was Trumps siegreiche "America first"-Außenpolitik 2016 werden würde, indem er darauf bestand, dass die Priorität der US-Regierung das Wohlergehen der amerikanischen Bürger und nicht das anderer Länder sein sollte. Die Verantwortung, die Politik zu korrigieren, liege bei den Bürgern dieser Länder und nicht bei der Regierung der Vereinigten Staaten. Dieser außergewöhnliche Clip, in dem Kongressabgeordneter Ron Paul über Außenpolitik debattiert, während er neben dem traditionellen GOP-Kriegsfanatiker Mitt Romney steht, der in jenem Jahr Präsidentschaftskandidat der Partei werden und dann gegen Barack Obama verlieren sollte, ist wirklich beeindruckend. Damals, 2012, wurde diese vernünftige Botschaft verhöhnt und von den etablierten Flügeln beider Parteien als gefährlicher Isolationismus verspottet, obwohl die Auffassung von Kongressabgeordnetem Ron Paul eindeutig die jahrelange Meinung der meisten Amerikaner vertrat und schließlich zur siegreichen Botschaft von Trumps Kampagne 2016 wurde.

Ron Paul: Ich diente fünf Jahre beim Militär. Ich habe ein wenig Erfahrung. Ich habe ein wenig Zeit in Pakistan, Afghanistan und im Iran verbracht. Aber ich werde nicht auf meine Generäle warten. Ich bin der Oberbefehlshaber. Ich treffe die Entscheidungen. Ich weise die Generäle an, was zu tun ist, und ich bringe sie so schnell wie möglich nach Hause und hole sie auch aus dem Irak heraus. Und ich würde keinen Krieg in Libyen beginnen. Ich würde mit der Bombardierung des Jemen und Pakistans aufhören. Ich würde anfangen, mich um die Menschen hier zu Hause zu kümmern, denn wir könnten Hunderte von Milliarden Dollar einsparen. Unsere nationale Sicherheit wird durch unsere Präsenz dort nicht verbessert. Wir erfüllen dort keine Funktion. Wir sollten die Lehren aus der Geschichte ziehen. Je länger wir vor Ort sind, desto schlimmer und gefährlicher wird es. Denn mit unserer Anwesenheit dort machen wir uns keine Freunde. Das kann ich Ihnen sagen.

GG: Dass die USA die Einmischung in andere Länder beenden sollten, wenn keine direkte Bedrohung der nationalen Sicherheit für das Heimatland besteht, ja, dass es für die USA sogar gefährlich ist, sich in anderen Ländern einzumischen, weil dies große Mengen an Antiamerikanismus provoziert, war der Kern von Trumps siegreicher Außenpolitik 2016. Diese Botschaft bestimmte Jahrzehntelang die Politik von Ron Paul, wurde dann von Steve Bannon verfeinert, der "America First" in Erinnerung an die rechtsgerichtete Opposition gegen die Beteiligung der USA am Zweiten Weltkrieg umbenannte, und wurde dann zu Trumps reflexartiger Perspektive auf die Rolle der USA in der Welt. Dies führte zu Trump als

erstem amerikanischen Präsidenten seit Jahrzehnten, der die USA nicht in einen neuen Krieg verwickeln wollte. Zum ersten Mal kam dies konkret zum Ausdruck, als Trump wiederholt in Frage stellte, warum die USA das Regime des syrischen Führers Baschar al-Assad stürzen sollten, der nach Trumps Ansicht zwar sehr repressiv sei - und das war er in der Tat -, den USA aber bei der Beseitigung von Al-Qaida und ISIS helfen könnte. Tatsächliche Prioritäten der US-Außenpolitik. Die Berufung Trumps auf die ersten amerikanischen Prinzipien, um ein wichtiges CIA-Programm zum Sturz Assads direkt anzugehen, war mit Sicherheit einer der Hauptimpulse für die CIA und dann die Neocons, Donald Trump gegenüber extrem feindselig zu werden. Tatsächlich hatte sich Trump ihr Misstrauen, insbesondere gegenüber den Neocons, bereits durch seine kurze Bemerkung im Jahr 2015 erworben, wonach sich die USA im Konflikt zwischen Israel und Palästina neutraler verhalten sollten. Bis er schnell von seinem Schwiegersohn Jared Kushner und anderen traditionellen Republikanern davon überzeugt wurde, diese Linie zugunsten einer traditionelleren Pro-Israel-Position aufzugeben. Doch diese frühe außenpolitische Abweichung Trumps spiegelt seinen klaren Impuls wider, jeden unnötigen Versuch der Einmischung in andere Länder zu vermeiden, einschließlich Operationen zum Regimewechsel gegen repressive Führer, aber auch die Verwendung von US-Ressourcen aus anderen Gründen als dem direkten Nutzen für amerikanische Bürger. Unzählige Beispiele veranschaulichen Trumps ablehnende Haltung gegenüber Interventionen. Dies ist nur ein Beispiel aus einem Interview mit The Guardian aus dem Jahr 2015, in dem er dies deutlich zum Ausdruck bringt.

Ben Jacobs: Sie haben viel über Syrien gesprochen und auch über Ihre anfängliche Ablehnung des Irak-Krieges und Ihre Bedenken gegen das Einschreiten der USA. Viele dieser Interventionen waren durch den Wunsch nach Verbreitung von Demokratie und Förderung von Menschenrechten motiviert. Ist das ein angemessenes Ziel der Außenpolitik?

Donald Trump: Wir sind dabei, Nationen aufzubauen. Das ist nicht möglich, denn wir müssen unsere eigene Nation aufbauen. Wir sind im Aufbau einer Nation. Wir versuchen, Menschen, die seit Jahrhunderten Diktatoren und Schlimmeres erlebt haben, zu erklären, wie sie ihre Länder führen sollen. Wir müssen unser eigenes Land gestalten. Wir müssen die Vereinigten Staaten wiederaufbauen. Und sehen Sie sich an, was im Irak passiert ist. Wir sind Saddam Hussein losgeworden. Ich glaube nicht, dass das sehr nützlich war. Der Irak ist momentan eine Katastrophe und wird vermutlich durch den Iran und ISIS übernommen.

GG: In einigen Fällen war es für republikanische Politiker recht einfach, diese anti-interventionistische Haltung durchzusetzen. Immerhin hatte die GOP 2011 mit überwältigender Mehrheit gegen Obamas Antrag auf Ermächtigung zum Kriegseinsatz in Libyen zum Sturz von Gaddafi gestimmt. Obama ignorierte dieses Votum schließlich und zog trotzdem in den Krieg, obwohl das Repräsentantenhaus die Ermächtigung ablehnte und die GOP keine Gegenmaßnahmen ergriff, wie z. B. die Streichung der Mittel für die Kriegsanstrengungen. Aber die Libyen-Abstimmung und die Ablehnung zeigten, dass die GOP in gewissen Fällen durchaus bereit war, eine Anti-Interventionsposition einzunehmen.

Viel schwieriger ist es mit den Regierungen, die die Republikanische Partei und viele Demokraten traditionell destabilisieren oder stürzen wollen, wie zum Beispiel in Kuba. Deshalb war es für mich so erstaunlich, als ich im Jahr 2021 das meistgesehene Kabelprogramm der Nation einschaltete, und zwar in der Woche, in der in Havanna Anti-Castro-Proteste aufkamen und sich beide Parteien, Republikaner und Demokraten in Washington, zusammenfanden, um die Unterstützung der USA für diese Demonstranten zu fordern. Ich war an diesem Abend in der Sendung von Tucker Carlson, um über ein anderes Thema zu sprechen, nämlich wie die Regierung Biden ihre eigene Form der Tyrannie hier im Inland durch den Einsatz von Big-Tech-Zensur durchsetzt. Aber der Fox-Moderator bezog sich in seiner Frage an mich wütend auf die, wie er es nannte, "idiotischen Republikaner, die den Tag damit verbracht hatten, sich für die Unterstützung der kubanischen Proteste bei ihren Bestrebungen, ihre Regierung zu verändern, einzusetzen". Für mich veranschaulicht dieser Clip die radikalen Veränderungen im konservativen Diskurs über die Frage der Außenpolitik, die gerade durch das Aufkommen der "American First"-Außenpolitik und der MAGA-Prinzipien [Make America Great Again] im Allgemeinen bedingt sind.

Tucker Carlson: Ich bin froh, dass Sie Kuba erwähnt haben, denn selbst heute haben die idiotischen Republikaner auf dem Kapitol den ganzen Tag über den Mangel an Freiheit in Kuba gesprochen. Es ist kein freies Land. Das ist wahr. Aber wir sind es zunehmend auch nicht. Und sie scheinen nichts von den Vorgängen in dem Land mitzubekommen, das sie eigentlich regieren sollten, und verbringen ihre ganze Zeit mit diesem karibischen Land, das nicht im Mittelpunkt unserer Interessen steht. Ich meine, sagt der erste Verfassungszusatz nicht ziemlich deutlich, dass die Regierung die Presse nicht kontrollieren darf? Ich dachte, das sei der Sinn des Artikels. In diesem Fall scheint die Regierung die Presse zu steuern.

GG: Ich dachte, der ganze Sinn der "Make America Great Again, America First"-Außenpolitik, wie sie von Donald Trump und seinen Verbündeten im Kongress formuliert wurde, sei, dass wir nicht andere Länder reformieren sollten. Wir sollten uns auf unser eigenes Land konzentrieren und das Leben der Amerikaner verbessern.

Wenn ich nun das authentischste und wahrhaftigste MAGA-Mitglied des Kongresses auswählen müsste, wäre es mit ziemlicher Sicherheit die Kongressabgeordnete Marjorie Taylor Greene aus Georgia. Und es ist ziemlich bemerkenswert, dass sie sich reflexartig gegen die Versuche der USA wendet, im Ausland zu intervenieren. In der Tat war sie von Anfang an eine der lautstärksten Kongressabgeordneten, die sich gegen die Rolle der USA in der Ukraine aussprach, mit der Begründung, dass die USA kein vitales Interesse an diesem Land hätten, wie auch Barack Obama wiederholt zum Ausdruck brachte.

Marjorie Taylor Greene: Ich danke Ihnen. Ich erhebe mich gegen das ukrainische Gesetzesvorhaben! 40 Milliarden Dollar. Aber für amerikanische Mütter und Säuglinge gibt es keine Babynahrung. Eine unbekannte Summe für die CIA in der zusätzlichen Gesetzesvorlage für die Ukraine aber keine Babynahrung für amerikanische Babys und

Mütter. 54 Millionen Dollar an COVID-Ausgaben in der Ukraine, aber es gibt kein Muttermilchersatz für amerikanische Babys und Mütter. 900 Millionen Dollar für gemeinnützige Organisationen in der Ukraine, aber kein Muttermilchersatz für amerikanische Babys und Mütter. 8,7 Milliarden Dollar für wirtschaftliche Unterstützung und Finanzierung in der Ukraine, aber für amerikanische Mütter und Babys gibt es keine Babynahrung.

GG: Was auch immer man über diese Grundsätze sagen will, es gibt seit über einem Jahrhundert eine beständige Tendenz im amerikanischen politischen Leben. Die Amerikaner stellen Versuche der US-Regierung, sich in andere Länder einzumischen, in Frage und lehnen sie ab, wenn es keinen direkten Nutzen für die amerikanischen Bürger gibt.

Für mich stellt sich daher die Frage, wie sich diese Grundsätze auf China, den Iran, Russland sowie schwächere traditionelle Feinde der USA wie Kuba oder Venezuela anwenden lassen. Natürlich sind alle diese Regierungen auf unterschiedliche Weise repressiv, wenn auch nicht mehr als wichtige Verbündete der USA, wie Saudi-Arabien und Ägypten. Dennoch würde ich sicherlich nicht unter diesen Regierungen leben wollen. Und wenn ich sehe, wie die Demonstranten in diesen Ländern einen Wandel fordern, dann weckt das mit Sicherheit die Emotionen eines jeden anständigen Menschen. Und das ist vielleicht der Grund, der es der US-Regierung in bestimmten Fällen der Intervention ermöglicht, die Bevölkerung für eine Einmischung zu gewinnen, selbst wenn die Amerikaner in großer Zahl eine solche Einmischung prinzipiell ablehnen. Diese an Emotionen appellierende Propaganda ist besonders wirkungsvoll. Aber wenn man die Prämisse akzeptiert, um die herum sich sowohl die populistische Linke als auch die populistische Rechte zusammengefunden haben - das, was die Linke als Antikriegsgrundsätze und die Rechte als "America first"-Grundsätze bezeichnet, nämlich dass es die Pflicht der US-Regierung ist, sich um ihre eigenen Bürger zu kümmern und sich nicht weltweit in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen, was in der Regel für alle außer den Waffenhändlern und dem US-Sicherheitsstaat äußerst negativ endet. Und selbst wenn sie Erfolg haben, geschieht dies auf Kosten der amerikanischen Bürger. Ich halte es für äußerst schwierig, wenn nicht gar für unmöglich, zu rechtfertigen, warum die US-Regierung sich dem Versuch widmen sollte, verschiedene Regierungen in der ganzen Welt zu unterminieren, sowohl solche, bei denen dies unter Umständen relativ leicht zu bewerkstelligen ist, wie Kuba und Venezuela, als auch solche, bei denen dies eindeutig schwieriger ist - Iran, Russland und insbesondere China. Um eine solche Einflussnahme zu rechtfertigen, sollte zumindest argumentiert werden, dass ein Scheitern der Eingriffe in diesen Ländern dem Leben der amerikanischen Bürger spürbaren Schaden zufügen würde. Oder umgekehrt, dass ein erfolgreiches Eingreifen in diesen Ländern den Amerikanern auf irgendeine eindeutige und greifbare Weise zugute kommt. Es ist sehr schwierig, in der Geschichte nach dem Zweiten Weltkrieg ein Beispiel zu finden, bei dem die Einmischung der USA in fremde Länder etwas anderes bewirkt hat als Schaden für die Bürger dieser Länder und, noch wichtiger, Schaden für die meisten Amerikaner, mit Ausnahme derer, die für Boeing, Raytheon und den US-Sicherheitsstaat arbeiten.

ENDE